

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 51 (1959)

Heft: 11

Artikel: Der britische Gewerkschaftskongress

Autor: Brügel, J.W.

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-353916>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 27.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Beschlüsse des Großen Ausstellungskomitees sind ein weiterer erfreulicher Beweis für die gute Zusammenarbeit der Frauenorganisationen. Sie beweisen auch, daß die Frauen bereit sind, Sinn und Zweck der SAFFA 1959 hochzuhalten. Diese hat, wie Dr. E. Rikli nochmals präzisierte «von den Aufgaben der Frau in der heutigen recht problematischen Zeit gesprochen, von den Aufgaben, die sich sowohl im Beruf, im Haus wie im öffentlichen Leben etwas anders stellen als den Männern. Es ging um die Sichtbarmarchung dessen, daß die Frau ihr besonderes Wesen in den Dienst der Menschheit stellen sollte.»

Das konnte beim Durchwandern der Ausstellungshallen gespürt werden. Und als Verpflichtung war es festgehalten unter den Leitsätzen der SAFFA an der «Linie»:

«Die Frau von morgen zieht sich nicht zurück ins Schneckenhaus ihres privaten Lebens, aber zersplittert sich auch nicht im Vielzuvielen. Als Frauen von morgen sind wir aus dem engen Kreis ins Weite geführt: Unsere neue Wohnstube ist die Welt – helfen wir mit, daß sie wohnlich wird!»

Hedy Leuenberger-Köhli, Zürich.

Der britische Gewerkschaftskongreß

Arbeitszeitverkürzung die Hauptforderung

In der gleichen Woche, in der der Deutsche Gewerkschaftsbund seinen Kongreß in Stuttgart abhielt, hat auch die Jahreskonferenz des Britischen Gewerkschaftsbundes in *Blackpool* stattgefunden. Das gleichzeitige Tagen der beiden weitaus stärksten freigewerkschaftlichen Zentralen Europas regt zu Vergleichen an, die vor allem die Verschiedenheit der Atmosphäre, der Problemstellungen und des organisatorischen Aufbaus unterstreichen würden. Wichtiger scheint uns, festzuhalten, daß bei allen Verschiedenheiten beide Kongresse sehr viele gemeinschaftliche Züge aufwiesen und daß bei beiden Gelegenheiten – so wie in der Schweiz – die Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit als das vordringlichste gewerkschaftliche Postulat der Gegenwart im Vordergrund der Erwägungen stand.

Gewerkschaftsbund und Arbeiterpartei

Als der Gewerkschaftskongreß in *Blackpool* zusammentrat, lebte das Land in Erwartung eines Wahlkampfes, bei dem die Labour Party um die Wiedererringung der politischen Macht kämpfen würde. Am ersten Kongreßtag wurde es bereits zur Gewißheit, daß der Wahlgang Anfang Oktober stattfinden werde. Diese Tatsache drückte allen weiteren Verhandlungen weitgehend den Stempel auf,

wiewohl das Forum des Gewerkschaftskongresses nicht in erster Linie der politischen Auseinandersetzung zu dienen pflegt. Durch die Entscheidung, die Wahlen am 8. Oktober abzuhalten, war die Arbeiterpartei um die Möglichkeit gekommen, ihren für diese Zeit in Aussicht genommenen Parteitag abzuhalten. Hier sprang der Gewerkschaftsbund ein und richtete an den Parteiführer *Hugh Gaitskell* die Einladung, von Blackpool aus Labours Startsignal zum Wahlkampf zu geben. Das war eine Situation ohne Vorbild, die das ganze Problem der Beziehungen zwischen Labour Party und Gewerkschaftsbund wieder einmal zur Diskussion stellte. Bis-her war eine solche Einladung an eine in Opposition befindliche Parteiführung noch nie ergangen. (Die Dinge lagen anders, als man zur Zeit der Arbeiterregierung *Attlee* als Regierungschef und Gaitskell als Schatzkanzler eingeladen hatte, vor dem Gewerkschaftskongreß politische Erklärungen abzugeben.) Die meisten Gewerkschaften, vor allem sämtliche größeren Verbände mit einer Mitgliederzahl von über 200 000, sind ohnehin Kollektivmitglieder der Labour Party (wobei jene Einzelmitglieder, die das nicht mitmachen wollen, sich von der Zahlung des «politischen Beitrags» befreien lassen können). Der Gewerkschaftsbund als solcher steht in keiner organisatorischen Verbindung zur Arbeiterpartei, bildet aber mit ihr und dem Genossenschaftsbund gemeinsam das «National Council of Labour», eine Körperschaft, die in früheren Jahrzehnten reale Entscheidungen zu fällen hatte, jetzt aber nur ein Forum des Meinungsaustausches und der gegenseitigen Informierung ist. Bei Wahlen gibt die Leitung des Gewerkschaftsbundes regelmäßig die Parole aus, für die Labourkandidaten zu stimmen, aber sie wacht trotzdem immer über ihr Recht auf selbständige Entscheidungen und selbständiges Auftreten.

Hugh Gaitskell hat denn auch in seiner Rede vor dem Gewerkschaftskongreß – er ist selbst Mitglied des Verbandes der Gemeinde- und allgemeinen Arbeiter, der Arbeitnehmer aller Kategorien organisiert, und einer der Abgeordneten des Verbandes – die Zusammenarbeit zwischen dem gewerkschaftlichen und dem politischen Flügel der Arbeiterbewegung unterstrichen, aber zugleich darauf hingewiesen, daß jeder Teil sich seine Handlungsfreiheit bewahren müsse. Er würde schön ankommen, sagte er, wenn er versuchen wollte, dem Gewerkschaftsbund irgend etwas zu diktieren, und auch der umgekehrte Vorgang sei undenkbar.

Das Problem der Kernwaffen

Das Bewußtsein, in einen entscheidenden Wahlkampf einzutreten, hat auch die übrigen Verhandlungen des Gewerkschaftsbundes bestimmt, der traditionsgemäß niemals auf rein gewerkschaftliche Fragestellungen beschränkt ist, sondern zu allen Er-

scheinungen des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens Stellung nimmt. Wie immer in den letzten Jahren, gab es auch diesmal eine Auseinandersetzung zwischen jenen, die der Meinung sind, England solle einseitig auf Atom- und Wasserstoffbomben verzichten und damit «den übrigen ein Beispiel geben», und jenen, die im Wege eines internationalen Abkommens die Welt von der Drohung mit Kernwaffen befreien wollen. Die Argumente klangen aber diesmal wesentlich gedämpfter als in den Vorjahren. Mit einer Mehrheit von 2 : 1 wurde schließlich der letzten gemeinsamen Erklärung des Gewerkschaftsbundes und der Arbeiterpartei die Zustimmung gegeben, die an dem Gedanken der Abschaffung der Kernwaffen im Wege eines internationalen Uebereinkommens festhält, aber die Möglichkeit eines einseitigen englischen Verzichts für den Fall andeutet, daß sich andere Staaten – gedacht wird vor allem an Frankreich – dann auch auf einen Verzicht nach dieser Richtung verpflichten.

Straffung des organisatorischen Aufbaus

Der Britische Gewerkschaftsbund, der in 185 Verbänden mehr als 8 Millionen Arbeitnehmer vereinigt, beschäftigt sich seit Jahrzehnten mit dem Problem der organisatorischen Vereinfachung. Die Schwierigkeiten, die sich immer wieder auf den verschiedensten Gebieten ergeben, röhren nicht nur von der großen Zahl der bestehenden Mitgliederverbände her, sondern eher von der Tatsache, daß sich viele von ihnen überschneiden. Es gibt große, mittlere und kleine Organisationen, es gibt Berufsverbände, Industrieverbände und zwei große Organisationen (Transportarbeiter mit 1,3 Millionen, Gemeindearbeiter mit 900 000 Mitgliedern), die ungelernte Arbeiter jeder Art aufnehmen. Teilweise begegnet man dieser Zersplitterung durch die Bildung von Dachorganisationen, die den Arbeitgebern gegenüber als Partner zum Abschluß der Gesamtarbeitsverträge auftreten. Der wichtigste ist die aus 39 Verbänden zusammengesetzte Konföderation der Arbeiter des Maschinen- und Schiffsbau, die im Namen von 3 Millionen Mitgliedern verhandelt. Der Dachverband der Organisation des Baugewerbes vertritt mehr als eine Million Mitglieder aus 17 Gewerkschaften. Im Dachverband des Druckereigewerbes, der kürzlich einen wochenlangen Streik durchgeführt hat, um das Problem der Arbeitszeitverkürzung vorwärtszubringen, sind 10 Organisationen zusammengeschlossen. Das ist aber nur ein Hilfsmittel zur Linderung der Folgen einer Zersplitterung, die historische Wurzeln hat und sich nicht einfach hinwegdekretieren läßt.

In der letzten Zeit hat die Oeffentlichkeit viel von Grenzstreitigkeiten zwischen Gewerkschaften zu hören bekommen, also von Fällen, in denen das Nebeneinander zu einem Gegeneinander zu werden schien. So gab es wiederholt Konflikte zwischen dem Ver-

band der Schiffsbauer und der Organisation der Kesselschmiede darüber, ob ein bestimmter Handgriff Angehörigen eines bestimmten Verbandes vorbehalten bleibt oder nicht. Das hat schon einige Male zu Arbeitsniederlegungen und damit dazu geführt, daß auch Angehörige ganz unbeteigter Verbände feiern mußten. Eine gewisse Presse hat Bedeutung und Tragweite dieser Konflikte weit übertrieben, mit dem Erfolg, daß auch unvoreingenommene Menschen den Eindruck erhalten mußten, Gewerkschaften würden unwichtiger Prestige-Interessen zuliebe die Produktion lahmlegen. Die Wirklichkeit ist natürlich ganz anders. Zu Grenzstreitigkeiten kommt es nicht, wenn der Arbeitgeber die Sache vorher mit den beteiligten Gewerkschaften verhandelt. Nur wo er selbstherrlich Entscheidungen trifft, pflegen Konflikte auszubrechen. Das Beharren darauf, eine bestimmte Arbeit einer Arbeiterkategorie vorzubehalten, ist meist kein unzeitgemäßes Zünftlertum, sondern entspringt der berechtigten Sorge darüber, in einem Zeitalter wachsender Mechanisierung den Arbeitsplatz des Facharbeiters zu erhalten. Die Presse, die oft unwichtige Vorfälle breittritt, macht wenig oder gar kein Aufheben von der geduldigen und häufig erfolgreichen Vermittlungsarbeit des Konfliktkomitees des Gewerkschaftsbundes, das schon so manche Grenzstreitigkeit aus dem Wege geräumt hat. Sei dem wie immer, auch ohne künstliche Aufbauschung gibt jeder solche Fall der gewerkschaftsfeindlichen Agitation Nahrung. Dazu kamen in der letzten Zeit manche wilde Streiks, die von Betriebsvertrauensleuten (shop stewards) ohne Fühlungnahme mit den anderen im Betrieb vertretenen Verbänden ausgerufen wurden. (Die Betriebsvertrauensleute in England sind Vertreter der Gewerkschaft, der sie angehören, nicht der ganzen Belegschaft.)

Mit all diesen Dingen hat sich der Gewerkschaftskongreß in großer Offenheit beschäftigt. Zwar hat sich die Konferenz nicht bereit gefunden, einem Antrag zuzustimmen, der Gewerkschaftsbund solle die angeschlossenen Verbände «beauftragen», den Aufgabenkreis der ihnen angehörenden Betriebsvertrauensleute genau zu definieren (der Stein des Anstoßes war hier die Wendung «beauftragen», die mit der garantierten Autonomie der Gewerkschaften unvereinbar ist), nahm aber mit Befriedigung eine Zusage des Generalrates (Vorstand) zur Kenntnis, daß dieser eine umfassende Erhebung der Situation vornehmen wolle. Nach dem Kongreß haben sich die Kesselschmiede und die Schiffsbauer darauf geeinigt, gemeinsam einen Weg zu suchen, der künftigen Grenzstreitigkeiten vorbeugen würde.

«Mit einem rostigen Schlüssel kann man das Tor der Zukunft nicht öffnen», sagte *Robert Edwards*, Generalsekretär der chemischen Arbeiter (und Labour-Abgeordneter) zur Unterstützung einer Resolution, die von *Alan Birch*, dem Generalsekretär der Ladenangestellten, vorgelegt wurde und deren Annahme durch den Kon-

greß einen Wendepunkt bedeuten kann. Der Antrag geht davon aus, daß die Bedürfnisse der Wirtschaftsplanung und der öffentlichen Kontrolle der Industrie nach einer stärkeren Koordinierung des Vorgehens verlangen. Er fordert weiter, daß bei voller Aufrechterhaltung der Autonomie der einzelnen Verbände das Höchstmaß an gegenseitiger Konsultierung und Abstimmung der gewerkschaftlichen Taktik angestrebt werden soll. Birch schwebt vor, daß eine Gewerkschaft, bevor sie eine bestimmte Aktion einleitet, die die Interessen der Mitglieder eines anderen Verbandes berühren könnte, in Beratungen mit den übrigen interessierten Organisationen eintritt. Hingegen trat er nicht für eine einheitliche, alle Verbände verpflichtende Lohnpolitik ein, die undurchführbar wäre. Die Opposition gegen diesen Vorschlag wurde von *Harry Douglas*, dem Generalsekretär der Stahlarbeiter, geführt. Ihm schien es, als würde die Durchführung des Planes von Birch die Fronten verschieben: aus der Auseinandersetzung zwischen Gewerkschaft und Arbeitgeber würde oft zum Nachteil des gewerkschaftlichen Gedankens eine Kontroverse zwischen Gewerkschaften. Der Antrag wurde schließlich mit 5,8 Millionen gegen 2,4 Millionen Stimmen angenommen.

Wirtschaftspolitische Forderungen

Wie die Gewerkschaftskongresse der letzten Jahre hat auch der des Jahres 1959 eine Politik des Lohnstopps oder der «Zurückhaltung» bei Lohnforderungen eindeutig abgelehnt – als eine Reaktion auf die Politik der konservativen Regierung, die die Arbeiter zu Opfern auffordert, um Inflationserscheinungen bekämpfen zu helfen, die gleiche Aufforderung aber nicht an die Aktionäre richtet, deren Gewinne in den acht Jahren konservativer Herrschaft gewaltig in die Höhe schießen durften. Nicht aus parteipolitischer Voreingenommenheit, aber der antisozialen Tendenzen der Regierung Macmillan wegen hat der Gewerkschaftskongreß ihre Wirtschaftspolitik verurteilt und den Ruf nach einer neuen, auf soziale Gerechtigkeit eingeschworenen Labourregierung erhoben.

Einen breiten Raum in den Beratungen nahm, wie schon erwähnt, die Frage der Arbeitszeitverkürzung ein. Die Gewerkschaftskongresse der letzten Jahre haben sich immer wieder für die 40-Stunden-Woche ausgesprochen, sich aber mit der Aufstellung dieses allgemeinen Grundsatzes begnügt, weil man der Ansicht war, daß die Verhältnisse von Industriezweig zu Industriezweig zu verschieden sind, als daß ihnen eine allgemein gehaltene Kampagne für Arbeitszeitverkürzung gerecht werden könnte. (Traditionellerweise werden solche Dinge in Großbritannien immer im Gesamtarbeitsvertrag und nicht durch Gesetz geregelt, doch würden die Gewerkschaften wahrscheinlich gegen ein Rahmengesetz, das den Verbänden Aktionsfreiheit läßt, nichts einwenden.) Der verhältnismäßig geringe Fort-

schritt, der durch Verhandlungen zwischen den Sozialpartnern in den einzelnen Industriezweigen bisher erzielt wurde – die Buchdrucker haben nach einem wochenlangen Streik die Herabsetzung der Arbeitszeit von den normalen 44 Stunden auf 42 erreicht –, hat dazu geführt, daß sich die Stimmung jetzt gewandelt hat und daß man verlangt, der Gewerkschaftsbund möge sich mit seiner ganzen Autorität hinter die Forderung stellen. *G. H. Lowthian*, der Generalsekretär der Bauarbeiter, begründete einen später einstimmig angenommenen Antrag, der den hartnäckigen Widerstand der Arbeitgeber gegen eine längst fällige soziale Reform bedauerte und die Führung des Gewerkschaftsbundes aufforderte, durch eine im ganzen Lande durchzuführende Kampagne die öffentliche Meinung für den Gedanken der 40-Stunden-Woche zu gewinnen. «Wir sind bereit», sagte er, «bei der Erzielung einer höheren Produktivität mitzuwirken, aber wir verlangen gleichzeitig unseren Anteil an den Früchten der technologischen Veränderungen und der erhöhten Produktivität. Wir halten die Arbeitszeitverkürzung für einen der Wege, durch die wir unseren gerechten Anteil sichern können.» *John Boyd*, der Vizepräsident des Metallarbeiterverbandes, sagte, daß die Jahre 1959 und 1960 für den Kampf um die Arbeitszeitverkürzung entscheidend sein werden. Infolge der Automatisierung sei eine Arbeitszeitverkürzung auf 40, 37 oder auch 35 Stunden in allen wichtigeren Industriezweigen möglich und für die Arbeitgeber durchaus tragbar. *Alan Birch*, der namens des Generalrates sprach, schloß sich dieser Meinung an:

«Wir wollen die 40-Stunden-Woche, weil wir die für unser Leben notwendigen Dinge in dieser Zeitspanne erzeugen können. Gerade im Zuge dieser Kampagne für eine kürzere Arbeitszeit müssen wir aufzeigen, daß eine höhere Produktivität und eine bessere Verwertung dieser Produktivität das Ziel der Gewerkschaftsbewegung ist.»

Man kann sich also darauf gefaßt machen, daß die unmittelbare Zukunft eine Intensivierung der Anstrengungen der britischen Gewerkschaftsbewegung sehen wird, die Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden auf der ganzen Linie durchzusetzen.

J. W. Brügel (London).